

# #ImpfenStattSchimpfen

## Eine Reflektion im Nachgang der Studierendenproteste am Universitätsklinikum Dresden

Alles begann mit einem Telegram-Aufruf der rechtsextremen Kleinstpartei „Freie Sachsen“ am Mittwoch, dem 12. Januar 2022: Ein sogenannter „Spaziergang“ mit Treffpunkt an einer Kreuzung in Dresden, keine 200 Meter entfernt vom Universitätsklinikum. Keine 48 Stunden später versammelten sich am Donnerstagabend über 100 Medizinstudierende der Medizinischen Fakultät Dresden rund um das Gelände ihrer Ausbildungsstätte, um ein klares Zeichen zu setzen. Ein Krankenhaus ist nicht der Ort, um dem eigenen Unmut über die Corona-Politik Luft zu machen, hier wird eine Grenze überschritten. Zugegebenermaßen war unser Protest sehr spontan, unorganisiert und, zumindest im Vorfeld, unangemeldet. Als Studierendenvertreter setzen wir uns auch eher mit fairen Ausbildungsbedingungen im Praktischen Jahr und der medizinischen Ausbildung in Zeiten der COVID-19-Pandemie auseinander, als spontane Kundgebungen zu organisieren. Umso mehr hat es uns gefreut, dass so viele Studierende dem Aufruf gefolgt sind und damit der breiten Zivilgesellschaft klargemacht haben: Bei allem Diskussionsbedarf über eine Impfpflicht, die Sicherheit und Wirksamkeit der mRNA-Impfstoffe und die Effektivität von Maßnahmen des Infektionsschutzes ist es keine Alternative, dem Aufruf von offen rechtsextremen Demokratiefeinden zu folgen und sich mit deren Inhalten gemein zu machen. Diese beiden Signale aus der Studierendenschaft in die Zivilgesellschaft haben ein unerwartetes Echo hervorgerufen. Was für uns selbstverständlich war, scheint einen Nerv getroffen zu haben. Es gibt in Sachsen eine große, meist stumme Mehrheit, die nicht bereit ist, den öffentlichen Diskurs

Wissenschaftsleugnern und Neonazis zu überlassen. Wir sind genauso ein Teil von Dresden, genauso ein Teil von Sachsen. Es liegt an uns, das Leben hier mitzugestalten und wir stehen nicht stillschweigend daneben, wenn eine Minderheit versucht, in Eigenregie das öffentliche Bild zu prägen. Es ist falsch, nur denen zuzuhören, die am lautesten schreien und am stärksten polarisieren, auch deshalb haben wir mit Plakaten und in Klinik-Kitteln einen stummen Protest organisiert.



Medizinstudierende aus Dresden stellen sich mit Plakaten und Kitteln schützend vor ihr Universitätsklinikum

In den Tagen danach stand bei den Vertretern der Studierenden das Telefon nicht mehr still. Stellungnahmen, Interviews, Presstertmine, Gespräche mit dem Ostbeauftragten der Bundesregierung, dem sächsischen Innenminister und Dresdener Polizeipräsident. Leider drehte es sich dabei zu oft um die Bewertung des Polizeieinsatzes, bei dem auch Identitätsfeststellungen bei 22 Medizinstudierenden zu verzeichnen waren, denen Verstöße gegen die Corona-Schutzverordnung vorgeworfen wird. Wir sehen das kritisch und haben eine Aufarbeitung dieser Maßnahmen gefordert. Allerdings wehren wir uns dagegen, dass diese Meldung am Ende das mediale Echo in weiten Teilen dominierte. Dass lieber an fragwürdigen Identitätsfeststellungen ein

Polizeiproblem in Sachsen hochstilisiert wird, anstatt den Fokus auf das positive, bestärkende Zeichen aus der Studierendenschaft zu setzen, finden wir schade.

Doch aus den zahlreichen Gesprächen im Nachgang des Protests haben wir eine Lehre gezogen: Menschen fühlen sich mit ihrem Ärger über die Corona-Politik, ihren Unsicherheiten und Ängsten bezüglich der Impfungen so allein gelassen, dass sie sich Demonstrationen, die von Neonazis unterwandert sind, anschließen. Haben sie das Gefühl, dass sie sich anders nicht Gehör verschaffen können? Dass es sonst keine Alternativen gibt, ihre Meinung kundzutun? Oder dass jede bürgerliche, maßnahmenkritische Kundgebung von Rechtsextremen unterwandert wird? Das wäre ein fatales Zeichen und unterstreicht die dringende Notwendigkeit für einen offeneren, weniger verhärteten Diskurs, bei dem nicht ad hominem in Schwarz und Weiß, Gut und Böse eingeteilt wird, sondern respektvoll miteinander gestritten wird, so unterschiedlich und unwissenschaftlich die andere Meinung auch sein mag. Das ist keine leichte Aufgabe und wird von jedem von uns viel Geduld und Kraft abverlangen. Doch solange das nicht erreicht ist und solange weiterhin Rechtsextreme versuchen, sich über die unwissenschaftliche Kritik an der Corona-Politik Zulauf zu verschaffen und dabei auch nicht davor zurückschrecken, Patienten und Klinikpersonal einzuschüchtern, solange werden wir auch unseren Teil dazu beitragen, dass solche Aufmärsche nicht unwidersprochen bleiben. ■

Jonas Steinhäuser  
Student der Medizinischen Fakultät  
Carl Gustav Carus  
Technische Universität Dresden